



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Schleswig-Holstein braucht starke Gesundheitsämter – Öffentlichen Gesundheitsdienst auch über 2026 hinaus verlässlich sichern“ (Drucksache 20/4486neu)

Starke Gesundheitsämter, verlässlicher Gesundheitsschutz – den Öffentlichen Gesundheitsdienst nachhaltig und verlässlich weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass ein moderner und krisenfester Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) das Fundament eines funktionierenden Gesundheitssystems für alle Bürgerinnen und Bürger bildet. Von der kommunalen Präventionsarbeit über den Infektionsschutz bis hin zur verlässlichen Bewältigung künftiger Krisenlagen bedarf es verlässlicher Rahmenbedingungen und Strukturen im gesamten Land.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt weiterhin fest, dass Bund und Länder mit dem 2020 geschlossenen Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst einen entscheidenden Modernisierungsschub angestoßen haben. In Schleswig-Holstein wurden diese Mittel zielgerichtet genutzt, um die personelle Basis in den Gesundheitsämtern zu stärken, digitale Fachverfahren voranzubringen und die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und kommunaler Ebene strukturell auszubauen.

Deshalb begrüßt der Schleswig-Holsteinische Landtag, dass die Landesregierung gemeinsam mit den Kreisen und kreisfreien Städten frühzeitig begonnen hat, Perspektiven für die Weiterentwicklung des ÖGD über die Laufzeit des Paktes hinaus zu erarbeiten. Dazu gehören insbesondere die Entwicklung einer gemeinsamen Landesperspektive für eine zukunftsfähige digitale Fachverfahrenslandschaft, die

Erarbeitung eines einheitlichen Orientierungsmaßstabes für den ÖGD, die Stärkung der IT-Sicherheit sowie der fortlaufende fachliche Austausch zwischen dem Land, den Kreisen und den kreisfreien Städten.

Der Landtag erkennt an, dass die Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Schleswig-Holstein weit überwiegend als pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben von den Kreisen und kreisfreien Städten wahrgenommen werden. Zugleich kommt dem Land eine wichtige koordinierende, fachlich unterstützende und strategische Funktion für die Weiterentwicklung eines leistungsfähigen ÖGD in Schleswig-Holstein zu.

Mit dem Auslaufen des Paktes für den ÖGD zum Ende des Jahres 2026 stellt sich für Bund, Länder und Kommunen gemeinsam die Aufgabe, die durch den Pakt angestoßenen Modernisierungsprozesse weiterzuentwickeln und tragfähige Anschlussstrukturen zu schaffen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt daher den einstimmigen Beschluss der 99. Gesundheitsministerkonferenz vom 10. und 11. Juni 2026 zur weiteren Stärkung und nachhaltigen Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung,

1. die derzeit laufenden Gespräche mit den Kreisen, kreisfreien Städten und kommunalen Spitzenverbänden fortzuführen, um gemeinsam Perspektiven für dauerhaft leistungsfähige, resiliente und verlässliche Strukturen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Schleswig-Holstein zu entwickeln und Synergieeffekte zu heben;
2. die bereits begonnenen Prozesse zur strategischen und digitalen Weiterentwicklung des ÖGD fortzuführen und dabei insbesondere auf gemeinsame Standards, interoperable digitale Verfahren, IT-Sicherheit sowie einen verlässlichen Informationsaustausch zwischen kommunaler Ebene, Land und Bund hinzuwirken;
3. sich im Kreis der Länder und gegenüber dem Bund weiterhin für tragfähige und langfristige Rahmenbedingungen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst einzusetzen und die bestehenden länderübergreifenden Abstimmungsprozesse zur Fortführung sinnvoller Strukturen und Projekte aktiv zu begleiten;
4. darauf hinzuwirken, dass erfolgreiche Entwicklungen aus dem Pakt für den ÖGD nicht isoliert betrachtet, sondern in die langfristige fachliche und strukturelle Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes eingebunden werden;
5. den Schleswig-Holsteinischen Landtag laufend über wesentliche Ergebnisse der Gespräche mit der kommunalen Ebene sowie der Beratungen auf Länder- und Bundesebene zu informieren.

Hauke Hansen
und Fraktion

Jasper Balke
und Fraktion

